

Hier das Ergebnis der Bearbeitung ihrer Fragen aus der Partei DIE LINKE in Bielefeld.

Zu 1. Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und Care-Arbeit

Zu 1.1 und 1.2 Auf den Themenkomplex Beruf, Familie, Pflege und Care-Arbeit schaue ich ganzheitlich und gehe in allen Formen von Lebensgemeinschaften von einer ausgewogenen Aufgabenteilung aus. DIE LINKE fordert hierfür als angemessene Voraussetzung eine deutliche Arbeitszeitverkürzung (max. 30 Stunden-Woche) die dies möglich macht und das Recht auf berufliche Entwicklung und Gleichstellung von Frauen wie Männern gleichermaßen fördert!

Wir alle brauchen Zeit und Raum für die eigene Reproduktion und für die kulturelle, berufliche, wie persönliche Weiterentwicklung. Darüber hinaus steht es jeder und jedem zu sich gesellschaftlich einzubringen und zu betätigen. Auch dies sollte selbstverständlich und in allen Lebenslagen vereinbar sein! Es geht uns als LINKE um mehr, als das Thema nur unter dem Aspekten von „Familie und Beruf“ zu betrachten.

Familiertätigkeiten wie Pflege- und Sorgearbeit für Kinder und Erwachsene gehört nach unserem Verständnis in allen Formen des Zusammenlebens in eine gleichmäßige Verteilung unter den Erwachsenen, um Überforderung- und Überlastung zu vermeiden. Darüber hinaus fordert DIE LINKE ausreichend und beitragsfreie Kindertagesstätten, Gesundheits-, Betreuungs- und ambulante, wie stationäre Pflegeeinrichtungen in allen Wohnquartieren unserer Stadt, die diese gesellschaftlich notwendige Arbeit, fachlich und praktisch unterstützen.

Zu 1.3 Bei dem vielbeschworenen Mangel an Fachkräften sollten Wirtschaftsbetriebe für ihre Mitarbeiter*innen Anreizsysteme entwickeln, die es Familienmenschen, männlich wie weiblich, ermöglichen ihre beruflichen und privaten Aufgaben besser in Einklang zu bringen.

Nach unserem Verständnis sind Grundvoraussetzung, gute und gesunde Arbeitsbedingungen, tarifgerechte Rahmenbedingungen und ein betriebliches Klima das Väter und Mütter nicht im Regen stehen lässt. Dazu gehören

- Besondere Dienstplanregelungen für Eltern in der Kinderphase
- Das Angebot betrieblicher Kindertagesplätze.
- Bezahlbare Wohnraumangebote.

Zu 1.4 DIE LINKE fordert, dass bei öffentlichen Ausschreibungen und Vergaben die Tarifbindung und Mitbestimmungsregelungen berücksichtigt werden und würde die Ausweitung dieser Vergabekriterien durch weitere soziale, wie ökologische Aspekte begrüßen.

Zu 2. Frau und Wirtschaft

Die geringe Führungspräsenz von Frauen in der Wirtschaft, wie im öffentlichen Dienst scheint ist für uns ein gesellschaftliches Problem. Solange eine wirkliche Genderpolitik öffentlich und in den Betrieben nicht gelebt wird und eine bewusste Karriereentwicklung für Frauen nicht spürbar ist, solange Frauen weniger verdienen als gleichqualifizierte Männer geht der Volkswirtschaft und auch der örtlichen Wirtschaft viel Qualifikation verloren.

Viele ihrer Fragen sind mit der dringend notwendigen Chancengleichheit ab dem Kindergartenalter zu beantworten. Ausreichend Plätze in Kindertagesstätten, Förderung in kleinen Schulklassen, gute räumliche wie technische Ausstattung der Kitas und Schulen und integrative Schulsystem, sind für uns hier der richtige Weg!

Zu 3. Die Stadt und kommunale Betriebe als Arbeitgeber

Wir leben in unserer politischen Zusammenhängen der Partei seit 15 Jahren eine 50 % Quote und stehen Quotierungen entsprechend selbstverständlich gegenüber. Weiterentwicklung und Förderungsmaßnahmen in städtischen Betrieben und deren Umsetzung unterstützen wir gerne und sind für uns beteiligungsorientiert mit den gewählten betrieblichen Interessenvertreter-*innen (Betriebs- und Personalräten) zu entwickeln und abzustimmen.

Zu 4. Finanzen

Durch den Nothaushalt der Stadt Bielefeld ist die kommunale Infrastruktur seit Jahren auf Verschleiß gefahren – Schulgebäude wurden nicht saniert und verfallen, die notwendige Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs stand still und der öffentliche und bezahlbare Wohnungsbau liegt am Boden. Die Folgen der schwarzen 0 Politik gilt es in den kommenden Jahren mit sozial- ökologischem Blick und Aufbauarbeit zu begegnen! Darüber hinaus unterstützen wir weiterhin besonders auch soziale Förderprogramme, auch gern mit gleichstellungsorientierten Zielen.

Um dies in die Umsetzung zu bringen ist eine deutliche steuerpolitische Stärkung des öffentlichen Haushalts notwendig:

- DIE LINKE fordert eine Entlastung der Altschulden für die Kommunen über eine Altschuldenfonds, gespeist von Bund und Land.
- Die Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 % auf 28 %.
- Höhere Steuern auf Gewinne zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu Gunsten des kommunalen Haushalts.

Der Bielefelder Wirtschaft hat von bundesweiten Steuergeschenken schon profitiert. Wir erwarten, dass die Stadt Bielefeld ab dem Jahr 2022 nicht mehr unter den strengen Bedingungen eines „Nothaushaltes“ steht. Es gibt viele öffentliche und haushaltsrelevante Aufgaben, für die wir einen Investitionsschub erwarten, der besonders auch der heimischen Wirtschaft und dem Handwerk zugutekommt. Hierbei unterstützt DIE LINKE gern auch gleichstellungsorientierter Ziele.

Zu 6. Öffentlicher Raum und Sicherheit

Wir verstehen unsere Schwerpunktthemen im Kommunalwahlkampf mit den Forderung nach bezahlbarem Wohnraum aus öffentlicher Hand, nach dem deutlichen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Fuß und Radwege in unserer Stadt als sichernde Maßnahmen im Rahmen öffentlicher Daseinsvorsorge. Hinzu gehört auch die Sicherung der Gesundheitswesens und der Ausbau von Pflegeeinrichtungen in den Stadtteilen und Wohnquartieren, um nur einige Beispiel aus unserem Wahlprogramm zu nennen. In Bielefeld wissen wir, um die besondere Notwendigkeit bezahlbaren Wohnraum für Einzelpersonen und Alleinerziehende mit Kindern zu schaffen. Wir erleben die Bedarfe von Kitaplätzen, die nach unserer Auffassung öffentlich und für Eltern kostenfrei angeboten werden sollten. Wir wissen um die Notwendigkeit das in Bielefelder dringend in Schulen investiert und bedarfsgerecht auch neu gebaut werden müssen. Wir stehen zu einer Schule für alle, als integrative und durchlässige Schulform. in der in kleine Klassen Förderung möglich ist. Kinder brauchen fördernde Rahmenbedingungen in Kita und Schule, die ihnen einen guten Start in ihr Leben ermöglicht.

Das Thema Sicherheit besetzen wir besonders mit Forderungen nach sicheren Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz, mit tarifgerechter Entlohnung, sozialen Leistungen, die nicht in die Armut treiben und einer zukunftsorientierten Politik für alle Menschen in dieser Stadt.

Zu 7. Wohnen und Umwelt

Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum steht im Mittelpunkt unseres kommunalen Wahlprogramms. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigt, dass der Markt an dieser Stelle versagt hat. Die Folgen sind steigende Mieten, verknapptes Angebot und ein großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Wir fordern die Stadt auf, öffentlichen Wohnraum zu schaffen, um hiermit Mieten stabil zu halten und fordern mit einer 50 % Quote beim Wohnungsbau besonders den Mangel an Sozialwohnungen zu beseitigen.

Zum Weiteren füge ich unsere Broschüre „Mit uns bezahlbaren Wohnraum schaffen“ bei.

Zu 8. Beratung und Hilfe für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen

Die Stadt Bielefeld unterstützt die Arbeit etlicher freier und sozialen Trägern finanziell und dabei auch Angebote der Beratung und Begleitung in besonderen Lebenslagen. Das es hierbei immer wieder auch finanzielle Engpässe und Lücken der Betreuung gibt, ist uns nicht unbekannt. Mädchen und Frauen die häusliche und sexuelle Gewalt erfahren haben, sollten in unserer Stadt ein fachliches und unbürokratisches Hilfsangebot vorfinden, das dauerhaft gesichert ist. Unsere Fraktion setzt sich, auch im Rahmen der städtischen Haushaltsplanungen immer wieder für die Sicherung sozialer Leistungen ein. In diesem Sinne bietet die Fraktion die Partei DIE LINKE den Trägern Austausch und soweit möglich politische Unterstützung an.

Zu 9. Repräsentanz von Frauen

Wir haben eine 50 % Quote im Rahmen der Ratsliste. Bei der Besetzung der Listen für die Bezirksvertretungen ist uns dies nicht durchgängig gelungen. Wir arbeiten weiter dran!